

Nachrichten aus Brüssel

@ greens87 – stock.adobe.com

Gesundheit steht 2026 im Fokus

Unter dem Motto „Europe's Independence Moment“ hat die Europäische Kommission in Straßburg ihr Arbeitsprogramm für das Jahr 2026 präsentiert. Mit dem Arbeitsprogramm verfolgt die Kommission das Ziel, die strategische Unabhängigkeit und Resilienz der Europäischen Union zu stärken, Wettbewerbsfähigkeit zu sichern sowie regulatorische Prozesse gezielt zu verschlanken. Daneben steht aber auch die Gesundheitspolitik im Mittelpunkt. Ziel ist es, die Resilienz der europäischen Gesundheitssysteme zu stärken und die Versorgungssicherheit in Krisenzeiten zu gewährleisten.

Ein zentrales Vorhaben betrifft die Verbesserung der Krisenvorsorge – Lehren aus der Corona-Pandemie sollen dabei konsequenter umgesetzt werden. Gleichzeitig will die Kommission mentale Gesundheit, den Kampf gegen chronische Krankheiten sowie Gesundheitsgerechtigkeit stärker fördern. Auch die Digitalisierung des Gesundheitswesens soll vorangetrieben werden: Mithilfe von künstlicher Intelligenz und dem kürzlich in Kraft getretenen Europäischen Gesundheitsdatenraum sollen Forschung und Versorgung effizienter und vernetzter werden.

Darüber hinaus betont die Kommission den Zusammenhang zwischen Klima, Umwelt und Gesundheit. Neue Initiativen sollen aufzeigen, wie Luftverschmutzung und Klimawandel die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger beeinflussen. Ein besonderes Augenmerk gilt zudem der Nutzung sozialer Medien durch Kinder und Jugendliche – mögliche gesundheitliche Risiken sollen wissenschaftlich untersucht und Schutzmaßnahmen erarbeitet werden.

Gesundheitspolitik besser koordinieren

Die sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament drängt auf eine bessere Koordinierung der Gesundheitspolitik innerhalb der Europäischen Union. In einem kürzlich veröffentlichten Positionspapier fordert die zweitgrößte Fraktion im Europaparlament die Schaffung einer neuen europäischen Gesundheitsbehörde sowie eines Koordinationsgremiums, das nationale Gesundheitsstrategien besser miteinander verzahnen soll.

Ziel der Initiative ist es, die bislang fragmentierte Gesundheitspolitik der Mitgliedsstaaten zu harmonisieren und Europa widerstandsfähiger gegen zukünftige Krisen zu machen. Geplant ist unter anderem eine bessere Abstimmung bei der Medikamentenversorgung, der Pandemievorsorge und bei grenzüberschreitenden Gesundheitsdiensten. Kritik kam hingegen von konservativen Abgeordneten, die eine „schleichende Kompetenzverschiebung“ nach Brüssel befürchten. Gesundheitspolitik sei weiterhin in erster Linie eine nationale Aufgabe, so die Europäische Volkspartei.

EuGH präzisiert Vorgaben für Telemedizin

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat die grenzüberschreitende Tätigkeit des Aligner-Anbieters DrSmile im Grundsatz gebilligt. Die Firma bietet transparente, herausnehmbare Kunststoffschienen zur Korrektur von Zahnfehlstellungen an. Laut dem Mitte September verkündeten Urteil darf die österreichische Zahnärztekammer einer in Österreich zugelassenen und tätigen Zahnärztin nicht untersagen, als Partnerzahnärztin mit dem deutschen Unternehmen zusammenzuarbeiten. Hintergrund war ein Streit über die Einordnung des Geschäftsmodells als Telemedizin. Die österreichische Zahnärztekammer sah darin einen Verstoß gegen nationale Vorschriften zum Patientenschutz und wollte der Zahnärztin ihre Tätigkeit für DrSmile verbieten lassen. Der Streit ging durch alle Instanzen und landete auf Vorlage des österreichischen Obersten Gerichtshofes schließlich beim Europäischen Gerichtshof.

Die Luxemburger Richter entschieden, dass die kombinierte Vor-Ort-Behandlung und digitale Nachbetreuung keine reine Telemedizin darstellt. Die Vorarbeiten der österreichischen Zahnärztin unterliegen nationalem Recht, da sie keinen grenzüberschreitenden Bezug haben. Die anschließende digitale Betreuung durch DrSmile gilt dagegen als Telemedizin nach deutschem Recht, so der EuGH.

*Dr. Alfred Büttner
Leiter des Brüsseler Büros der BZÄK*